

Moritz Schroeter
z.Zt. JVA Heinsberg

14.07.2026

Erklärung an das OLG Düsseldorf

Hiermit erkläre ich, dass ich auf den Tatvideos vom Gazdagrétiplatz vom 10. Februar 2023 als die in der Akte als Moritz Schroeter bezeichnete Person zu erkennen bin.

Im Rahmen dieser Einlassung möchte ich auch auf den gesellschaftlichen Kontext eingehen, in dem dieses Verfahren stattfindet.

In Deutschland, aber auch in weiten Teilen Europas und der Welt befinden sich rechte und faschistische Bewegungen im Aufschwung. Rechtsextreme Parteien können vielerorts einen großen Teil der Wählerschaft oder sogar Regierungsverantwortung für sich beanspruchen. Gleichzeitig erstarkt auch rechte Subkultur, die organisierte Neonaziszene und der Rechtsterrorismus. In vielen Teilen Deutschlands führt das zu einer konkreten Alltagsbedrohung. Besonders in Ostdeutschland, wo seit den 1990iger Jahren gut vernetzte militante Neonazistrukturen verbreitet sind.

Menschen, die dem Feindbild von Faschist:innen entsprechen oder sich ihrer Politik aktiv entgegenstellen, erleben verbale und körperliche Gewalt. Gewalt, die immer wieder die Ermordung von Menschen zum Ziel hat. Die antisemitischen und rassistischen Anschläge von Halle und Hanau, in den Jahren 2019 und 2020 sind nur zwei Beispiele von vielen. Aus dieser gesellschaftlichen Realität resultiert die Notwendigkeit für konsequentes antifaschistisches Handeln.

Dem so genannten „Tag der Ehre“ kommt in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Handelt es sich doch um das größte Neonazistische Treffen Europas der vergangenen Jahre. Unter dem Deckmantel eines historischen Gedenkens wird der Nationalsozialismus offen verherrlicht. Es ist nicht nur eine Gelegenheit, um tatsächlich die Gewalt auszuüben, die faschistischer Ideologie inbegriffen ist.

Es ist in erster Linie Gelegenheit zur Raumnahme und intensiven internationalen Vernetzung, auch mit der militanten und rechtsterroristischen Neonaziszene. Für mich galt es dem entschieden entgegenzutreten.

Dass ich und meine Mitangeklagten nun durch die Bundesanwaltschaft vor einem Oberlandesgericht angeklagt sind, dass der Vorwurf des versuchten Mordes erhoben und eine besondere Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland fantasiert wird, ist absurd. Es offenbart die politische Motivation der Bundesanwaltschaft. Nicht nur sollen möglichst hohe Strafen erwirkt werden, die ein Exempel statuieren und von antifaschistischer Praxis abschrecken. Nein, es ist auch der Versuch in die öffentliche Debatte um Antifaschismus, dessen Notwendigkeit und Formen einzugreifen und sie zu eskalieren. Grund dafür ist der Umstand, dass die Taten, als selbstbestimmtes, politisches Handeln, aus Sicht der Bundesanwaltschaft, das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen.

Dabei ist offensichtlich, dass diese antifaschistische Praxis eben nicht auf die Tötung von Menschen ausgerichtet ist. Im Gegenteil, ihr liegt ein Weltbild zu Grunde, dass die Gleichwertigkeit aller Menschen als Kern und das Ideal einer besseren, freieren und gerechteren Gesellschaft zum Ziel hat.